

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung und Gang der Untersuchung	19
A. Einleitung	19
B. Gang der Untersuchung	21
Teil 1: Grundlagen	26
A. Begriff der überlangen Verfahrensdauer	26
I. Ausgangspunkt: Formen der überlangen Verfahrensdauer	27
1. Tatferne	28
2. Lange (nicht rechtsstaatswidrige) Gesamtdauer des Verfahrens	31
3. Rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung	33
II. Herleitung des Beschleunigungsgebots	39
1. Verschiedene rechtliche Grundlagen des Beschleunigungsgrundsatzes	39
2. Zweidimensionale Schutzrichtung des Beschleunigungsgrundsatzes	40
3. Umstrittene Kriterien für die Feststellung eines Verstoßes gegen den Beschleunigungsgrundsatz	43
a) Uneinheitliche Beurteilung durch die Instanzgerichte	44
b) Vereinheitlichung durch den Kriterienkatalog des Bundesverfassungsgerichts	45
c) Erneut uneinheitliche Handhabung nach der Vollstreckungslösung des Großen Senats	47
B. Wechselnde Rechtsprechung zur Handhabung der überlangen Verfahrensdauer	49
I. Zunächst: reine Strafzumessungslösung	49
II. Seit 25.10.2000: Kombination aus Strafzumessungs- und Verfahrenshindernislösung	53
1. Ausdrückliche Anerkennung der Verfahrenshindernislösung	53

2.	Bestimmung des „ganz außergewöhnlichen Sonderfalls“ der Verfahrensbeendigung nach der Strafzumessungslösung	54
a)	Gesamtabwägung aller Umstände des Einzelfalls	55
b)	Abwägung allein sachbezogener Umstände des Einzelfalls	56
III.	Seit 17.1.2008: Kombination aus Vollstreckungs- und Verfahrenshindernislösung	56
1.	Grundsätze der Vollstreckungslösung	58
2.	Bestimmung des „außergewöhnlichen Sonderfalls“ der Verfahrensbeendigung nach der Vollstreckungslösung	61
a)	Voraussetzungen	61
b)	Beurteilungszeitpunkt	64
IV.	Seit 3.12.2011: Ergänzung der Vollstreckungslösung durch die Entschädigungsregeln der §§ 198, 199 GVG	65
1.	Normzweck	66
2.	Geltungsbereich des Anspruchs	67
3.	Voraussetzungen des Anspruchs	67
a)	Formelle Voraussetzung: Erhebung einer Verzögerungsrüge	68
b)	Materielle Voraussetzungen	69
aa)	Nachteil eines Verfahrensbeteiligten infolge unangemessener Dauer des Gerichtsverfahrens	69
bb)	Wiedergutmachung auf andere Weise nicht ausreichend	70
(1)	Vollstreckungslösung als ausreichende Wiedergutmachung in anderer Weise?	70
(a)	Schrifttum	71
(b)	Stellungnahme	73
(2)	Vollstreckungslösung nur bei vorheriger Erhebung der Verzögerungsrüge?	74
(a)	Schrifttum	74
(b)	Stellungnahme	76
(3)	Strafzumessungs- und Verfahrensbeendigungslösung als ausreichende Wiedergutmachung in anderer Weise?	78
(4)	Zwischenergebnis	79
4.	Geltendmachung des Anspruchs	80
5.	Verhältnis zu anderen Rechtsschutzmöglichkeiten	80

C. Zusammenfassung	81
Teil 2: Behandlung von unverhältnismäßigen Belastungen des Angeklagten durch überlange Verfahrensdauer in der Rechtsprechungspraxis	84
A. Rechtsprechungsdokumentation	84
I. Erste Fallgruppe: Verfahrensbeendigung wegen einer der Justiz anzulastenden Verfahrensverzögerung	85
1. Begründung	85
a) Regelfall: Verfahrensbeendigung aufgrund unzumutbarer Verfahrensbelastungen	86
aa) Verfahrensbelastungen als hinreichende Bedingung	86
bb) Verfahrensbelastungen sowie die zu erwartende weitere Verfahrensdauer als notwendige Bedingungen	89
cc) Gesamtverfahrensdauer bzw. Ausmaß der Verzögerung als hinreichende Bedingung	92
b) Vereinzelt: Verfahrensbeendigung aus Strafzumessungsgründen	94
2. Umsetzung	95
a) Direkte Anwendung der strafprozessualen Einstellungsvorschriften oder Strafzumessungsregeln	96
aa) Einstellung aufgrund eines Verfahrenshindernisses (§§ 206a Abs. 1, 260 Abs. 3, 204 Abs. 1 StPO)	96
bb) Einstellung nach den Opportunitätsvorschriften	96
cc) Verfahrensbeendigung nach den Strafzumessungsregeln	97
b) Entsprechende Anwendung der strafprozessualen Einstellungsvorschriften	98
c) Verfahrensabbruch durch neuartige Rechtsfiguren	99
II. Zweite Fallgruppe: Verfahrensbeendigung wegen sachlich begründeter Verfahrensverzögerung	100
1. Begründung	101
2. Umsetzung	103

III. Dritte Fallgruppe: Verfahrensbeendigung wegen einer der Justiz anzulastenden Verfahrensverzögerung, weiterer Verfahrensdauer und Unwahrscheinlichkeit der Verurteilung	103
1. Begründung	103
2. Umsetzung	105
B. Nur in Teilen mögliche Einordnung in die Rechtsprechungshistorie	105
I. Erste Fallgruppe	105
II. Zweite Fallgruppe	110
III. Dritte Fallgruppe	111
C. Zusammenfassung	112
Teil 3: Notwendigkeit der Verfahrensbeendigung	114
A. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	115
I. Zweck des Strafverfahrens	116
II. Unterschiedliche Beurteilungszeitpunkte	119
1. Fortführung eines rechtsstaatswidrig verzögerten Verfahrens	119
a) Geeignetheit	120
b) Erforderlichkeit	123
c) Angemessenheit	123
aa) Verfahrensbeendigung nach vollständiger Sachverhaltsaufklärung	124
(1) Angemessenheit der Strafzufügung zur Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs	124
(2) Möglichkeit des Schuldspruchs	125
(3) Zwischenergebnis	129
bb) Verfahrensbeendigung vor vollständiger Sachverhaltsaufklärung	130
(1) Geeignetheit	130
(2) Erforderlichkeit und Angemessenheit	131
cc) Verfahrensbeendigung in einem absehbaren Sonderfall einer rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung	133
2. Zwischenergebnis	135

B. Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	136
I. Kein Verstoß durch die rechtsstaatswidrige Verfahrensverzögerung	137
II. Fortführung eines rechtsstaatswidrig verzögerten Verfahrens	138
1. Verfahrensbeendigung nach vollständiger Sachverhaltsaufklärung	139
2. Verfahrensbeendigung vor vollständiger Sachverhaltsaufklärung	139
3. Verfahrensbeendigung in einem absehbaren Sonderfall einer rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung	140
C. Ergebnis	141
Teil 4: Umsetzung der Verfahrensbeendigung	143
A. Lösungsansätze der ersten Fallgruppe	143
I. Annahme eines Verfahrenshindernisses	144
1. Annahme eines allgemeinen Verfahrenshindernisses bei Verstoßen gegen das Rechtsstaatsprinzip	144
2. Annahme eines Verfahrenshindernisses speziell bei Verstoßen gegen den Beschleunigungsgrundsatz	146
a) Ungeeignetheit aufgrund fehlender gesetzlicher Anordnung in Art. 6 Abs. 1 S. 1 EMRK	147
b) Ungeeignetheit aufgrund abschließender Regelung durch die Verjährungsvorschriften	148
c) Ungeeignetheit aufgrund der Struktur des Verfahrenshindernisses	150
aa) Abwägungsfeindlichkeit des Verfahrenshindernisses	151
(1) Direkte Anwendung der Einstellungsvorschriften wegen Verfahrenshindernisses	151
(2) Entsprechende Anwendung der Einstellungsvorschriften wegen Verfahrenshindernisses	157
(3) Zwischenergebnis	160
bb) Vorenthalten der Möglichkeit des Freispruchs	160
cc) Erforderliche Kriterien können ohne abschließende Hauptverhandlung nicht ermittelt werden	162
dd) Zwischenergebnis	165

d) Ungeeignetheit der Verfahrenshindernislösung aufgrund der Dogmatik der Vollstreckungslösung	166
aa) Vollstreckungs- und Verfahrenshindernislösung in der Rechtsprechung	166
bb) Vollstreckungs- und Verfahrenshindernislösung in der Literatur	168
cc) Stellungnahme	171
(1) Verfahrenshindernis nach vollständiger Sachverhaltsaufklärung	171
(2) Verfahrenshindernis vor vollständiger Sachverhaltsaufklärung	175
e) Zwischenergebnis	177
II. Weitere Lösungen im geltenden Recht, die auch von der Rechtsprechung in Betracht gezogen werden	178
1. Verfahrenseinstellung nach §§ 153, 153a StPO	179
a) § 153 StPO	179
b) § 153a StPO	186
2. Vorläufige Einstellung gem. § 154 StPO bzw. Beschränkung der Verfolgung gem. § 154a StPO	190
3. Verwarnung mit Strafvorbehalt gem. § 59 StGB und Absehen von Strafe gem. § 60 StGB	194
4. Strafaussetzung zur Bewährung gem. § 56 StGB sowie Begnadigung	195
III. Zwischenergebnis für die erste Fallgruppe	195
B. Lösungsansätze der dritten Fallgruppe	196
I. Annahme eines Verfahrenshindernisses	197
II. Lösungen im geltenden Recht	198
III. Zwischenergebnis für die dritte Fallgruppe	198
C. Ergebnis	199
Teil 5: Weitere Konstellation der Verfahrensbeendigung wegen unverhältnismäßiger Belastungen durch überlange Verfahrensdauer	201
A. Verfahrensbeendigung wegen rechtsstaatswidriger Verfahrensverzögerung	201
B. Verfahrensbeendigung unabhängig von einer rechtsstaatswidrigen Verfahrensverzögerung	202
I. Voraussetzungen der Verfahrensbeendigung	202
II. Notwendigkeit der Verfahrensbeendigung	204

III. Umsetzung der Verfahrensbeendigung	207
C. Ergebnis	209
Teil 6: Verfahrensbeendigung wegen drohender Unverhältnismäßigkeit der Verfahrensbelastungen als einfachgesetzlicher Einstellungsgrund	210
A. Gründe für eine einfachgesetzliche Regelung	210
B. Struktur einer einfachgesetzlichen Regelung	213
I. Unverhältnismäßige Belastungen des Angeklagten als Bezugspunkt der Einstellungsentscheidung	213
II. Beurteilung der (drohenden) Unverhältnismäßigkeit anhand einer Prognose	214
1. Keine Ausformulierung der für die Beurteilung der Unverhältnismäßigkeit relevanten Kriterien	215
2. Notwendigkeit einer Begründung der Einstellungsentscheidung	216
III. Keine Beschränkung der Einstellungsvorschrift auf Vergehen	217
C. Entwurf einer einfachgesetzlichen Regelung	218
I. Regelungsentwurf für das Hauptverfahren	219
1. § 206a StPO-Entwurf	219
a) Gesetzesentwurf	219
b) Erläuterung	219
2. § 260 StPO-Entwurf	222
a) Gesetzesentwurf	222
b) Erläuterungen	222
II. Regelungsentwurf für das Ermittlungsverfahren	223
1. § 170 StPO-Entwurf	223
2. Erläuterungen	223
III. Regelungsentwurf für das Zwischenverfahren	225
1. § 204 StPO-Entwurf	225
2. Erläuterungen	225
Zusammenfassung	227
Literaturverzeichnis	235